

Viele Leiter halten in ihren Betrieben größere Warenbestände, als in ihren Plänen vorgesehen sind. Sie sind der Meinung, daß sie nach ein bis zwei Jahren für ihre Produktion benötigt werden. Darin kommt ein mangelndes Vertrauen zur planmäßigen Entwicklung unserer Wirtschaft zum Ausdruck, andererseits entziehen sie anderen Betrieben die jetzt dringend benötigten Materialien und finanzieren diese Überplanbestände durch Inanspruchnahme von Krediten, Nichtbezahlen von Lieferungsverpflichtungen und Nichtabführung von Gewinnen und Steuern.

Diese privatkapitalistische Haltung der Betriebsleiter wird neuerdings durch die „Theorie“ untermauert, die behauptet, daß die Wirtschaft ihre „eigenen Gesetze“ habe. Sicher hat die Wirtschaft bestimmte Gesetze. Sie sind im Feudalismus anders als im Kapitalismus, im Monopolismus anders als in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und im Sozialismus. Die Partei muß diese Genossen Wirtschaftler vor die Frage stellen: Was meint ihr für „eigene“ Gesetze? Wenn ihr die Gesetze unseres Volkswirtschaftsplanes, unserer planmäßigen Investitionen, unserer planmäßigen Selbstkostensenkung, unserer planmäßigen Produktion meint, dann brauchen wir über solche „eigenen“ Gesetze der Wirtschaft nicht zu diskutieren. Offensichtlich wird diese Theorie aber auch von Genossen im Staatsapparat, bei der Eisenbahn usw. verbreitet, um damit die Entschuldigung für ungesetzliche Handlungen und Planverstöße zu geben. Diese Theorie muß als staatsfeindlich und unseren Wirtschaftsaufbau gefährdend gebrandmarkt werden.

Zu dieser Theorie gehört auch die Meinung der Genossen aus dem Industrieministerium, die es ablehnen, den Finanzkontrollorganen, unseren volkseigenen Banken und den Steuerämtern Einsicht in die Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung durch die Finanzpläne zu geben. Hier wird also die alte autonome Stellung der Kapitalisten angestrebt, die die Kontrolle durch die Mark ablehnt.

Zu dieser Theorie gehört der Vorschlag, Kredite an die volkseigene Wirtschaft durch unsere Notenbank ohne Sicherheiten zu geben, da ja beide Volkseigentum sind und Verluste aus dem Staatshaushalt gedeckt werden müssen. Das aber würde eine Wiederholung der monopolkapitalistischen Politik bedeuten, in der manipulierte Verluste der Monopolkapitalisten aus dem Staatshaushalt zu Lasten der Steuerzahler abgedeckt würden. Diese Politik würde unsere Partei nicht dulden.

Die Partei muß einen entscheidenden Kampf gegen solche Feinde führen, die die weitere wirtschaftliche Entwicklung, den Aufschwung